

Absender:

Bundesverfassungsgericht Karlsruhe
Postfach 1771
76131 Karlsruhe

Verfassungsbeschwerde wegen des Koblenz 29.01.2012
Rundfunkbeitragsstaatsvertrag

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit lege wir Name/Namen Beschwerde gegen den neuen
Rundfunkbeitragsstaatsvertrag ein.

Wir berufen uns auf folgende Punkte:

1. Länderinkompetenz zur Erhebung einer Steuer
 2. § 241a BGB (unbestellte Leistung)
 3. Gefährdung von Freiheit und Selbstbestimmung (unbestellte Leistung aufgezwungen)
 4. Artikel 20 Abs. 2 der UN Menschenrechte (Beitragsnummer)
 5. Beitragsverschwendung (Fußballrechte usw.)
 6. Empfang in ganz Europa aber nur Deutsche sollen zahlen
 7. trotz der eingezogenen Zwangsgebühren nebenbei Werbeblöcke
 8. Artikel 3 GG, Abs. 3 denn auch Behinderte müssen jetzt zahlen / Benachteiligung
 9. sammelt bundesweit Datensätze / Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung?
- Nach unserem rechtlichen Kenntnisstand ergibt sich daraus folgendes:

Aus dem aktuellen Rundfunkbeitrags- „staatsvertrag“ sollte man auf die Wortwahl unter diesem Hinweis
des sog. Vertrages. (siehe Anhang)

„Eine Information von ARD, ZDF und Deutschlandradio“

Ein Staatsvertrag benötigt einen Staat.

Der sog. Vertrag ist kein Vertrag, da es lediglich eine Information ist. (siehe Anhang)

Zu einem Vertrag braucht es immer 2 Vertragsparteien.

Ein Vertrag wird immer freiwillig zwischen zwei (oder auch mehr) Parteien geschlossen.

Wenn eine Partei den Vertrag bricht, so kann dieses die andere Partei ganz oder teilweise von ihrer
Verpflichtung zur Erfüllung des Vertrages entbinden.

Dies bedeutet: Wir sind keinen „Rundfunkbeitragsstaatsvertrag“ freiwillig eingegangen und haben auch
einen solchen je geschlossen, daher ist dieser Ungültig!

Mit freundlichen Grüßen

Name/n/Unterschrift/en

